

akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

10|2018



Foto: Wikipedia/Dr. Bernd Gross

Aus der Arbeit des Bundes- vorstandes

Auf seiner Beratung am 4. September 2018 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der weiteren inhaltlichen Auswertung der Mitgliederumfrage. Ein Schwerpunkt waren dabei die Vorschläge und Wünsche zur Informationstätigkeit über die Akzente hinaus. Das betrifft vor allem die brennenden Probleme unserer Zeit, die Fragen Krieg und Frieden, Abrüstung, Innen- und Außenpolitik der BRD, Antifaschismus, Russland, China, Migrationspolitik, Kampf gegen Diskriminierung der DDR. Unser Anliegen wird es auch weiterhin sein, Euch Informationen zu Hintergründen und Fakten bereitzustellen, die von den „Qualitätsmedien“ falsch dargestellt oder gänzlich verschwiegen werden. Die Mitglieder, die ihre E-Mail-Adresse zur Verfügung gestellt haben, wurden in unseren Informationsverteiler aufgenommen und erhielten auf diesem Weg bereits erste Informationen. Viele Mitglieder sind auch bereit, Informationen an andere Mitglieder, Freunde, Bekannte weiterzuleiten. Einem unserer Ziele, mitzuhelfen eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, kommen wir damit ein Stück näher. Die Bereitstellung von zusätzlichen Informationen an Mitglieder, die nicht an das Internet angeschlossen sind, gestaltet sich schwieriger: nicht alle gewünschten Themen können in unsere Informationshefte aufgenommen werden.

Fortsetzung auf Seite 2 ►

Von der Oberfläche in die Tiefe

Zu den Ereignissen in Chemnitz erhielten wir folgenden Beitrag

Der gewaltsame Tod eines Menschen ist ein zutiefst emotionaler Vorgang. Aber der Schmerz darüber darf nicht den Blick auf dessen Ursachen verstellen und uns schon gar nicht die Vernunft rauben.

Wir gedenken Daniel H. und sprechen der Familie und den Angehörigen unser aus tiefstem Herzen kommendes Beileid aus.

Ein tragischer und sinnloser Tod. Die Täter sind zur Rechenschaft zu ziehen!

Die politische Instrumentalisierung durch rechte und neofaschistische Kräfte und deren pöbelnde Aufmärsche sind zu verurteilen. Sie fanden massiv, ausgerechnet am Weltfriedenstag, in Chemnitz rassistisch und menschenverachtend statt. Jedweden Anstand vermissend, vereinnahmten sie den tragischen Tod von Daniel H. für ihre miesen und verabscheuungswürdigen Forderungen. Provokierend ihr Auftritt und in der Anwendung von Gewalt nicht zim-

perlich – so präsentierten sich die Anhänger von Höcke, Bachmann, Kohlmann und Co. und skandierten einen neuen Nationalismus. Und nicht wenige liefen diesen neuen selbsternannten „Herrenmenschen“ hinterher, angeblich aus Sorge. Die Parolen: „Merkel muss weg“ und „frei, sozial und national“ trugen sie wie eine Monstranz vor sich her.

In den „Sozialen Netzwerken“ tobt ein „Krieg“ gegen alle, die nicht ausländerfeindlich sind. Blut und Boden Rhetorik steht auf der Tagesordnung. Der nicht vorhandene „Arier“ erlebt seine Auferstehung. Die, die einen „Rechtsstaat“ fordern, meinen den Ihren, sie meinen ihre Gesetze – „Ausländer raus!“, „Deutschland zuerst“. Beleidigungen gegenüber Migranten werden von den Administratoren, allen voran von „tag24“ bei facebook, geduldet, aus Angst, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Antikommunismus, auch beflügelt

von manch linken Strömungen, scheint mittlerweile nur noch eine Bagatelle.

Hier rächt sich das Märchen von der „wehrhaften Demokratie“. In entscheidenden Momenten der Geschichte war die Demokratie, wie wir sie heute kennen, nie wehrhaft. Die AfD ist beispielsweise gerade dabei, mit demokratischen Mitteln diese Demokratie abschaffen zu wollen. Und nicht nur die AfD. Ein Blick in andere, mittlerweile rechtsgerichtete europäische Länder, zeigt, wie schnell mit Hilfe der Demokratie genau diese manchmal schleichend und später ganz offen abgeschafft werden kann.

Ja, diese Regierung muss weg, aber aus Gründen, die mit ihrer Politik die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegung mit 68 Millionen Menschen setzt und die Spaltung der Gesellschaft befördert.

Dies sind die Kriege der USA, von Deutschland unterstützt oder to-

► Fortsetzung von Seite 1

29 Mitglieder haben sich bereit erklärt, gelegentlich Beiträge für die „akzente“ zu schreiben. Die Redaktion wird sich in naher Zukunft bei diesen Mitgliedern melden, um Details über ihre Mitarbeit zu besprechen.

Außerdem hat der Vorstand beschlossen, mit der Auswertung weiterer Punkte der Umfrage Vorstandsmitglieder zu beauftragen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die Veranstaltung des OKV zum 3. Oktober „Alternative Einheitsfeier 2018“ steht in diesem Jahr unter dem Motto **„Die Würde des Menschen ist unantastbar“** und findet im Bürgerhaus Neuenhagen bei Berlin statt.

Der Vorstand beschloss, einigen Mitgliedern Karten als Anerkennung für ihre geleistete Arbeit kostenlos zu überlassen.

Der Vorstand verabschiedete eine Erklärung zu den Hintergründen der Ereignisse in Chemnitz, die in der Septemberausgabe der „akzente“ veröffentlicht wurde.

Das Vorstandsmitglied Horst Jäkel berichtete über Aktivitäten in Potsdam anlässlich des Weltfriedenstag am 1. September und über weitere friedensrelevante Ereignisse im Verbund mit befreundeten Organisationen und Vereinen.

leriert, die Afghanistan, Syrien, Libyen usw. destabilisiert und unbeschreibliches Elend unter der Bevölkerung erzeugt haben. Dies sind die Rüstungsexporte Deutschlands in alle Welt. Zu keiner Zeit haben die meisten europäischen Staaten Lehren aus der Kolonialzeit gezogen. Handelsbeschränkungen gegenüber afrikanischen Ländern sorgen weiter dafür, dass sich die Wirtschaftslagen dort nicht verbessern. Gewollt, weil Konkurrenz auf europäischen Märkten im Dienst des Profits nicht erwünscht ist.

Dies sind die Verschärfung der Gegensätze, von Arm und Reich sowie Ost und West, insbesondere in Deutschland. Dies sind auch der Nachhall einer Politik der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR. Die Verletzungen demokratischer Grundsätze und humanitärer und sozialer Rechte durch die Regierenden in Deutschland und Europa werden nunmehr offensiv und aggressiv von rechten Parteien und Gruppierungen für ihre menschenverachtenden politischen Aktivitäten, u.a. zur Schaffung sogenannter national befreiter Zonen, mittels Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, genutzt. Die AfD ist, dank der Duldung durch etablierte Parteien, auch eine Heimat für Staatsanwälte, Richter und Polizisten geworden.

Eine solche Entwicklung sollte eigentlich das Grundgesetz verhindern. Warnende Hinweise gab es genügend:

1953 formulierte Max Reiman, Bundestagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der KPD, zur Ablehnung des Grundgesetzes

durch die KPD: „Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“

„Anlässlich der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 10. April 2005 in Weimar folgende, wahrhaft ehrenvolle Worte: „Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, an Krieg, Völkermord und Verbrechen ist Teil unserer nationalen Identität geworden. Daraus folgt eine bleibende moralische und politische Verpflichtung.“

Seine wohl bekannteste Rede hielt Richard von Weizsäcker zur Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges:

„Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ... Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Vor fünfzig Jahren, am 2. Juli 1965, wurde in Ostberlin das „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik – in Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft“ vorgestellt. Verena Nees schreibt am 4. Juli 2015:

„In seiner ersten Auflage listete es die SS-Dienststränge und NS-Parteiämter von 1.800 Wirtschaftsführern, Politikern und führenden Beamten der Bundesrepublik Deutschland auf, in der dritten Auflage von 1968 sogar von über 2.300 Personen – darunter von 15 Ministern und Staatssekretären, 100 Generälen und Admirälen der Bundeswehr, 828 Richtern, Staatsanwälten und hohen Justizbeamten, 245 leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes und 297 hohen Polizeiangehörigen und Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden. Die Angaben wurden detailliert mit Aussagen und Zitaten aus Gerichts-, Militär- und Gestapoarchiven und teilweise mit Faksimiles belastender

Dokumente belegt. „Das ganze System ist braun“, erklärte Herausgeber Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz.

Erst im vorigen Jahr formulierte die Kommunistische Plattform Chemnitz unter der Überschrift: „Ehrlich und kritisch Ursachen für Rechtsentwicklung in Deutschland benennen“:

„Der rechte Virus, oft zu hören und zu lesen, grassiert wohl besonders im Osten Deutschlands, dessen Herkunft aber zu hinterfragen ist. Bei genauerer Analyse kam mir spontan der Slogan „Die Rechten kommen aus dem Westen“ in den Sinn. Dies ist sicher eine sehr verkürzte Sichtweise, aber es ist auffallend, dass die Führungsriege der AfD mit westdeutschen Biografien, also einer von westlichen Werten geprägten Zeit ihrer Bildung und Sozialisierung, aufwartet. Sie sind Kinder einer Zeit, wo Nazis (Glabke, Kiesinger, Speidel ...) in der Bundesrepublik führende Positionen in Politik, Justiz, Polizei, Geheimdiensten, Bundeswehr, Bildung usw. innehatten und somit für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung verantwortlich zeichneten.

Letztlich werden aber vorwiegend von Politikern und leider auch von einigen Medien nur die Menschen und Verhältnisse im Osten für den offensichtlichen Rechtsruck von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich gemacht. In den Betrachtungen bleibt völlig ausgeblendet, dass nach 1990 ein Heer von Beamten in ostdeutsche Führungspositionen drängten. Sie haben dort ihre Wertevorstellungen eingebracht und mit zum Teil drakonischen Maßnahmen, wie z.B. Evaluierungen, Entlassungen, durchgesetzt und auch dafür gesorgt, dass personalpolitisch ein Kahlschlag in Bereichen wie der Wissenschaft, Bildung, Kultur, Medien, Justiz, Polizei (...) erfolgte (...).“

Die Parteien, Verbände und deren Vertreter sowie die Politiker sind an ihrem Einsatz für Demokratie und ihrem sozialen Gewissen sowie politischen Handeln zu messen! Gebt nur denen Eure Stimme und übertragt nur denen gesellschaftliche Verantwortung, die sich für ein friedliches Miteinander und für soziale Gerechtigkeit in Wort und Tat einsetzen.

**(Im Gedenken an Daniel H.)
Jonny Michel und Raimon Brete,
Chemnitz**

Einladung

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde

100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD

**Wir laden ein zur Veranstaltung am 22. November 2018,
um 15.00 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, Münzenbergsaal**

Es spricht **Prof. Dr. Gerhard Engel** zum Thema:
**„Der Platz der Novemberrevolution in der deutschen Geschichte
und im deutschen Geschichtsbewusstsein“**

Unterstützt wird die Veranstaltung durch: OKV, GRH, ISOR, BÜSGM

Willenserklärung

Den Teilnehmern der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. vom 3. Oktober 2018 wurde folgende Willenserklärung zur Bestätigung vorgeschlagen:

Wir, die Teilnehmer der zum zwölften Mal stattfindenden Protestveranstaltung aus Anlass des „Tages der deutschen Einheit“ haben uns versammelt, um unser Engagement für Frieden, Menschenrechte, Antifaschismus und Solidarität zu bekunden. Wir fordern die Bundesregierung auf, Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ tatsächlich zur Grundlage ihrer Politik zu machen. Auch nach der Bundestagswahl im September 2017 wird die Politik des Sozialabbaus, der Verteilung des Reichtums zu Gunsten der oberen Schichten, die weltweite Beteiligung an Kriegen und die Faschisierung der Gesellschaft fortgeführt. Für die unteren Schichten und insbesondere großer Teile der ost-deutschen Bevölkerung haben sich achtundzwanzig Jahre nach dem Beitritt und sieben sogenannten freien Wahlen keine wesentlichen Verbesserungen ihrer Lebenslage ergeben. Löhne und Renten im Osten erreichen nach wie vor nicht das Niveau derer in den westlichen Bundesländern. Die Anzahl der Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfänger, Teilzeitarbeiter ist ständig gestiegen. In einem der reichsten Länder der Welt wird einer steigenden Anzahl von Menschen nur durch Almosen ein Leben am Existenzminimum gewährt. Wir fordern die Regierung auf, ihre Ankündigungen zum Stopp des Sozialabbaus und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern gemäß Grundgesetz umzusetzen. Insbesondere halten wir die Einhaltung des Versprechens der Kanzlerin zur so-

fortigen Angleichung des Lohn- und Rentenniveaus in Ost an West für erforderlich. Mit besonderer Besorgnis stellen wir fest, dass neofaschistische Umtriebe nicht nur zunehmen, sondern durch die Staatsmacht toleriert werden. Verbrechen der Neofaschisten werden durch die Staatsorgane vertuscht, Untersuchungsausschüsse beschäftigen sich mit sich selbst, die Justiz ist auf dem rechten Auge blind. Wir fordern konsequentere Maßnahmen der Regierung gegen jede Erscheinung von Rassismus, der Volksverhetzung und des Neofaschismus. Mit Empörung stellen wir fest, dass die Bundesregierung deutsche Soldaten weltweit für die Interessen des Kapitals einsetzt und Waffenexporte in Krisengebiete bedeutend erhöht. Wir fordern die Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und den Stopp aller Rüstungsexporte. Wir fordern friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland. Wir stellen fest, dass die Krise des kapitalistischen Systems immer breiter um sich greift. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es zwar noch gelungen, wesentliche Krisenerscheinungen von Deutschland im Interesse des deutschen Kapitals fern zu halten. Demgegenüber sind die von ihr in hohem Grade zu verantwortenden Krisenerscheinungen in den südlichen Ländern Europas verheerend. Wir fordern die Beendigung dieser Krisenpolitik und stattdessen Solidarität mit allen von der Krise betroffenen Menschen in allen Ländern. Die Durchsetzung dieser Ziele erfordert die nationale und internationale Einheit aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte. Wir setzen uns für Bündnisse aller linken Parteien und fortschrittlichen Kräfte ein und unterstützen aktiv gemeinsame Aktionen.

Meinungsaustausch

Die Vorsitzenden der GBM, Helga Hörning, der GRH, Hans Bauer, und von ISOR, Horst Bischoff, trafen sich zu einem Meinungsaustausch und vereinbarten die engere Zusammenarbeit ihrer Organisationen.

Es ging vor allem darum, wie gestützt auf die vielen guten Erfahrungen, das gemeinsame solidarische Handeln der Mitglieder der Organisationen vor Ort weiter entwickelt werden können. Dabei stand der Beitrag im Ringen um eine Wende in der Politik vor allem zur Aufklärung über die bewusste Wahrnehmung von Lebensumständen und Entwicklungen und für Gerechtigkeit und Frieden im Mittelpunkt.

Konkret wurden folgende Punkte festgelegt:

- gegenseitige Einladungen zu Veranstaltungen;
- gemeinsame Organisation bzw. Koordination größerer politischer Veranstaltungen;
- Meinungsaustausch zu territorialen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten;
- Austausch von Informationsmaterialien bzw. gemeinsame Herstellung und Verbreitung;
- gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu relevanten Themen, wie z. B.: Anzeigen in Zeitungen, gemeinsame Erklärungen u. a.

„Frieden, Abrüstung und gute Beziehungen zu Russland“

... ist das Motto des Jahrestreffens des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM am Sonntag, dem 18. November 2018 im „Stadtgarten“ in 16792 Zehdenick, Havelweg 1.

Es erwartet Sie ein interessantes und anregendes politisches und kulturelles Programm.

Es spricht: Bernd Biedermann, Oberst a.D. der NVA zum Thema „Aktuelle Aspekte des militärischen Kräfteverhältnisses“.

Im Programm wirken mit: Hartmut König (Autor der Autobiografie „Warten wir die Zukunft ab“), Tino Eisbrenner und die „Rotfuchs“-Singegruppe.

Das Reiseprogramm des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM für das Jahr 2019 wird vorgestellt.

Der Unkostenbeitrag für Programm, Mittagessen und Kaffeetrinken beträgt 23,00 Euro pro Person und wird im Bus kassiert.

Die Busse fahren um 9.00 Uhr in Berlin am Ostbahnhof in 10243 Berlin, Am Ostbahnhof/Ecke Koppenstraße ab.

Die Leserinnen und Leser der „akzente“, die Mitglieder und Sympathisanten der ISOR und der GRH, des Fördervereins „Rotfuchs“ e. V. sowie des Freundeskreises der Sportsepienoren sind herzlich eingeladen.

Anmeldungen sind ab sofort möglich.

E-Mail: gbm.dr.weiss@gmail.com
gbmev@t-online.de

Telefonisch: 0173 6102512 (Carola Weiß, Leiterin des AK Kultur- und Bildungsreisen) 030 29784688 (Büro des Bundesvorstandes der GBM)

Wir nehmen Abschied von unseren verstorbenen Mitglieder

Dr. Dr. Günter Hennig Berlin

Günther Meyer Wernigerode

Kurt Pfeffer Gera

Dr. Fritz Welsch Berlin

Kurt Winkler Chemnitz

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Bei anderen gelesen

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion des Journals „Das Grundstück“ des Verbandes deutscher Grundstücksnutzer bringen wir unseren Lesern einen Beitrag von Holger Becker, Pressesprecher des VDBG zur Kenntnis:

Ja, wenn der Staat nicht in der Lage ist, seine Bürger vor Kriminellen zu schützen, handelt es sich um Staatsversagen. Wegen dieses Versagens gelangten aus Brandenburg Krebsmedikamente in Umlauf, die vermutlich nicht wirkten. Für die ca. 2.200 Betroffenen ist das eine Frage von Leben und Tod. Die direkt Verantwortlichen, eine Ministerin und eine Staatssekretärin von ausgerechnet der Partei DIE LINKE, wollten ihre Verantwortung wochenlang nicht eingestehen, bis sie schließlich ihre Sessel räumen mussten.

Wie aber sieht es aus, wenn Menschen in Berlin und anderen großen Städten keine Wohnung mehr finden, die sie bezahlen können? Wenn sich die Gesellschaft immer mehr spaltet in Wohlsituerte, die in eigenen Luxus-Ghettos leben, in Geradenochsohinkommende, die wegen der enorm gestiegenen Kosten fürs Wohnen ihren Lebensstandard absenken müssen, sich segmentiert in die aus ihren Heimatstädten Vertriebenen, die im Umland eine neue, erst einmal Bleibe zu finden versuchen, und schließlich in die Obdachlosen, die auf der Straße leben und immer mehr werden? Hat das nicht auch der Staat versagt?

Aber nein hören wir, das ist alles Privatsache, das regelt der Markt.

Und für den heutigen Zustand stimmt das sogar. Weil nämlich der Staat den Markt nicht vernünftig regelt. Gesetzgebung und Rechtsprechung in Wohnungsfragen sind immer gier- und spekulationsfreundlicher geworden, fördern die Verdrängung von Menschen aus ihren Wohnungen durch Eigenbedarfskündigungen, das

Umwandeln von Miet- in Eigentumswohnungen, überwiegend nutzlose und nur von Mietern zu zahlende „energetische Sanierungen“. Dazu kommt der Verkauf großer kommunaler Wohnungsbestände, wie es zum Beispiel in Berlin in den 2000er Jahren ausgerechnet unter SPD-PDS-Senat geschah.

Für die Abzocke stehen Tür und Tor offen. Und das geht keineswegs nur die Mieter an. Die rapide steigenden Bodenpreise im Zuge der Renditejagd um den Wohnraum machen es Otto-Normalverbraucher in den größeren Städten bald unmöglich, für seine Familie Wohneigentum zu schaffen.

Warum versagt der Staat? Weil die Regierung schwach ist, wie es in einem Kommentar zur speziellen Brandenburger Misere im Berliner „Tagesspiegel“ neulich hieß? Zur Hälfte richtig. Die ganze Wahrheit heißt: Weil der Staat schwach sein soll. Die Ideologie des neoliberal ausgerichteten Kapitalismus, der alle Sphären des Lebens der Vermarktung unterwirft, duldet die Stärke des Staates nur, soweit die große Eigentum schützt. Dass der Staat auch als Schutzpatron der kleinen Leute agiert, indem er für freilich renditemindernde soziale Regulierung sorgt, das soll nicht sein. Das war mal anders, bis 1990 im „Rheinischen Kapitalismus“ der Bundesrepublik, der sich unter dem Druck des Systemwettstreit mit dem Osten ein Staatsversagen wie das heutige weder in der Gesundheits- noch in der Wohnungspolitik hätte leisten können.

Die Parteien haben sich überwiegend dem neoliberalen Diktat, nach dem privat vor Katastrophe geht, unterworfen. Das Personal ist danach und so das Regierungshandeln. Geändert werden kann das nur mit der Kraft der vielen – wie wir schon immer gesagt haben.

Mit Druck von unten. Also nicht liegenbleiben, aufstehen.

In Vorbereitung der Delegiertenkonferenz ...

... auf die Umfrage des Bundesvorstands berichteten uns mehrere Ortsverbände über ihre Situation und ihre Probleme. Im Folgenden sollen die wichtigsten Gedanken daraus wiedergegeben werden.

Berlin-Treptow

Auf der Wahlversammlung 2016 schätzten wir ein, dass sich in der kommenden Wahlperiode einerseits die gesellschaftliche Entwicklung verschärfen wird und andererseits die physische und psychische Kraft unserer Mitglieder abnimmt, was der Gestaltung eines interessanten Organisationslebens ernsthafte Grenzen setzen wird.

Trotzdem ging unsere Arbeit weiter. Nach wie vor halten wir die Verbindung zu unseren Mitgliedern, auch wenn wir nach 15 Jahren und 60 Ausgaben die Herausgabe des Informationsblattes „GBM Treptow informiert“ einstellen mussten. Unsere Geburtstagskinder erhalten nach wie vor Glückwunschkarten zu Geburtstagen und Jubiläen sowie deren Angehörige Beileidsbekundungen, was sehr dankbar angenommen wird.

Seit 2014 betreut das Ehepaar Gromoll ein Flüchtlingsobjekt in Berlin-Adlershof (das erste in Berlin-Treptow). Gemeinsam mit der Heimleitung und mit größtmöglicher territorialer Unterstützung werden regelmäßig Veranstaltungen und Freizeitbeschäftigungen vor allem für die Kinder organisiert.

Obwohl es keinen Sprecherrat mehr gibt wird der Vorsitzende weiter aktiv bleiben und alle Möglichkeiten, Mitglieder in Arbeiten einzubeziehen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zu pflegen, nutzen.

Aus den Ortsverbänden

Auf Einladung des Sprecherrates des OV nahmen Jörg Pauly, stellvertretender Bundesvorsitzender, und Dr. Renate Filina, Bundesschatzmeisterin, am 13. September an einer Beratung des Sprecherrates teil.

Berlin-Pankow

Ziel der Beratung, die vom Vorsitzenden des Sprecherrates Hellmut Kapfenberger geleitet wurde, war es, bestehende Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse auszuräumen und über die weitere Arbeit der GBM zu beraten.

Die gegenwärtige Situation im OV spiegelt die Entwicklung in der gesamten GBM wider. Auch hier trifft es zu, dass viele Mitglieder aus den verschiedensten Gründen nicht mehr in der Lage sind, aktiv am Leben des OV teilzunehmen. Hervorgehoben wurde, dass es dem Vorstand gelingt, den Kontakt

zu fast allen Mitgliedern zu halten. Die Durchführung größerer Veranstaltungen ist wegen des hohen Aufwandes und der geringen Teilnahme kaum noch möglich. Die in anderen OV gut funktionierende Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen wie GRH und ISOR sind nicht möglich, da es im Bereich des OV keine entsprechenden Strukturen dieser Vereine gibt.

Die Vertreter des Bundesvorstandes dankten dem OV und besonders dem Sprecherrat für ihre geleistete Arbeit sowie für das langjährige Wirken einzelner Mitglieder, z. B. Dr. Gisela Hering als Bundesschatzmeisterin und Karl-Heinz Witzke als Sprecher des Arbeitskreises Menschenrechte.

Die Teilnehmer der Beratung waren sich einig, dass es unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen dringend erforderlich ist, die Arbeit der GBM insgesamt und auch im OV wei-

terzuführen. Dabei muss die Öffentlichkeitsarbeit der GBM insgesamt verstärkt werden. Hervorgehoben wurde die Rolle der „akzente“ als Bindeglied zwischen dem Bundesvorstand und den einzelnen Mitgliedern. Hierzu wurde u. a. vorgeschlagen, sie stärker zum Forum des Meinungsaustausches zu machen; auch mehr Erklärungen der GBM zu aktuellen Fragen sollten veröffentlicht werden.

Starke Kritik wurde an der Arbeit mit der Homepage der GBM geäußert. Hier mussten die Vertreter des Vorstandes einräumen, dass es bisher noch nicht gelungen ist, einen Verantwortlichen für diese Arbeit zu gewinnen.

Insgesamt gelang es durch diese Aussprache, in der Vergangenheit entstandene Irritationen auszuräumen und sich über die weitere gemeinsame Arbeit zu verständigen.

R.F./J.P.

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats Oktober 2018.



zum 97. Geburtstag
Ilse Mehlhorn, Berlin

zum 96. Geburtstag
Joachim Galke, Frankfurt/Oder
Georg Gersdorf, Gera
Ursula Pohl, Leipzig

zum 95. Geburtstag
Margot Richter, Dresden
Christine Schramm, Chemnitz

zum 94. Geburtstag
Miriam Pandor, Berlin
Hildegard Parchmann, Schwerin

zum 93. Geburtstag
Horst Baumgart, Berlin
Ernst Karsten, Halberstadt
Ruth Müller, Berlin
Christel Oppitz, Jena

zum 92. Geburtstag
Eva Kulms, Marksuhl
Hanna Scharfenstein, Berlin
Martin Stöhr, Wandlitz
Karl-Heinz Wollmann, Halle

zum 91. Geburtstag
Ursula Dehmel, Berlin
Dr. Hans Hilgenberg, Berlin
Erika Jahnke, Berlin
Erich Klukas, Schwerin
Dr. Peter Knoll, Berlin
Lore Krajewski, Berlin
Hans Meytzeich, Potsdam
Ursula Richter, Dresden
Heinz Troppenz, Berlin

zum 90. Geburtstag
Hermann Bewarder, Berlin
Prof. Dr. Gerd Friedrich, Berlin
Gertrud Lobenstein, Berlin
Siegfried Mauksch, Berlin
Dr. Heinz Moritz, Berlin
Gerhard Pannhausen, Potsdam
Helmut Pannhausen,
Bergholz-Rehbrücke
Günter Rödiger, Gera

zum 89. Geburtstag
Dr. Werner Ettelt, Berlin
Horst Jablonski, Berlin
Willi Knaak, Wandlitz
Dr. Marta Kokoschko, Schöneiche
Kurt Lippold, Berlin
Elli Müller, Kamenz
Dr. Erich Napierkowski, Berlin
Dr. Hans Probst, Berlin

zum 88. Geburtstag
Rudolf Baumgart, Berlin
Reinhold Becker, Erfurt
Günther Feihe, Bernau
Leni Hoffmann, Neustrelitz
Martin Kelm, Losten
Erika König, Halle
Marianne Leupolt, Berlin
Lieselotte Müncheberg,
Schöneiche
Dr. Lothar Oppermann, Berlin
Hans-Rainer Otto, Berlin
Waltraud Seifert, Berlin
Werner Wünschmann, Berlin

zum 87. Geburtstag
Horst Bremer, Schwerin
Hannelore Butters, Eichwalde
Dr. Klaus Gäbler, Berlin
Anita Ott, Berlin
Dr. Helmut Schlotzhauer, Berlin
Ursula Voggenauer, Berlin

zum 86. Geburtstag
Rosi Bleich, Potsdam
Johannes Fankhänel, Dresden
Dr. Sigtraut Finzelberg, Berlin
Ellinor Hartkopf, Mühlhausen
Jürgen Hensel, Dippoldiswalde
Margarete Horn, Landsberg-Gütz
Dr. Ingrid Schulze, Berlin
Dr. Hans Watzek, Berlin

zum 85. Geburtstag
Werner Böckel, Halle
Eva Brennenstuhl, Berlin
Eva Hennig, Berlin
Siegfried Karl, Berlin
Dr. Erika Kücklich, Berlin
Oda Maiwald, Jena
Horst Meyer, Berlin
Reiner Reichel, Berlin

zum 80. Geburtstag
Hasso Lux, Waren
Dr. Hans-Peter Michel, Berlin
Heinz Raddatz, Berlin
Dr. Barbara Schwanitz, Königs
Wusterhausen

zum 75. Geburtstag
Frank Kalkof, Gera
Karla Voigt, Berlin



Die Modrow Stiftung lädt zum Tulpenzwiebeln stecken ein ...

am Samstag, den 3. November 2018, von 11.00 bis 16.00 Uhr auf dem
Städtischen Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Gudrunstraße 20, 10365 Berlin

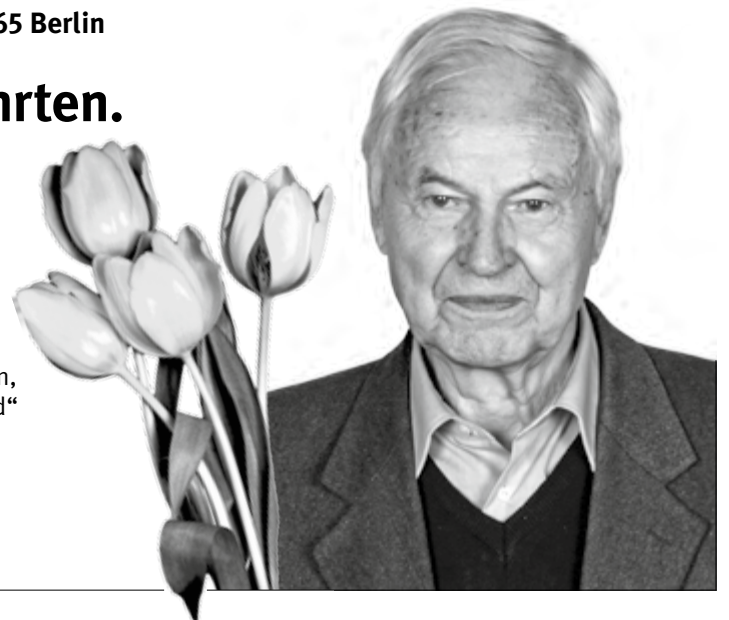
... für unsere Freunde und Weggefährten.

Wir harken Laub, sammeln Äste ein und stecken 3.000 Tulpenzwiebeln
in der Gräberanlage für Opfer des Faschismus und Verfolgte des Naziregimes.

Kooperationspartner: Förderkreis Erinnerungsstätte
der deutschen Arbeiterbewegung, VVN Bund der Antifaschisten Berlin

Mit solidarischer Unterstützung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden,
Helle Panke e.V. und den Tageszeitungen „junge welt“ und „neues deutschland“

Bitte festes Schuhwerk anziehen und eine kleine Handschaufel mitbringen.



Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft
zum Schutz von Bürgerrecht und
Menschenwürde e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630
10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
Tel.: 030 2978-4688
Fax: 030 2978-4689
E-Mail: gbmev@t-online.de
Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELADEV33XXX

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

28. September 2018

**Redaktionsschluss
der nächsten Ausgabe**


26. Oktober 2018

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 2978-2940

Für den Inhalt namentlich ge-
zeichneter Beiträge sind die
Autoren verantwortlich.
Herausgeber und Redaktion haf-
ten nicht für unaufgefordert einge-
sandte Manuskripte. Sie behalten
sich das Recht vor, über den
Abdruck eingesandter Beiträge
zu entscheiden und zum Abdruck
kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedan-
kenaustausch der Mitglieder und
Ortsverbände. Artikel können bei
Behörden nicht als rechtsverbind-
liche Auskunft benutzt werden.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

Leserbrief

*Eberhard Rehling, Mitglied im
Sprecherrat Dresden, übersandte
uns nachfolgenden Brief:*

In der Sitzung des Sprecherrates
Dresden am 11. September haben
wie auch über den Gründungsauf-
ruf „aufstehen“ gesprochen. Die
Art, wie hier eine Bewegung ins
Leben gerufen wird, ist völlig neu
und gibt allen Interessenten die
Möglichkeit, sich zu beteiligen.
Dabei können auch neue Schwer-
punkte gesetzt werden. Ich selbst
habe das Thema „Konversion“ vor-
geschlagen und bin gespannt, ob
diese Problematik ein Interesse
findet. Es ist auch zu vermerken,
dass die Ziele des Aufrufs grund-
sätzlich mit den von der GBM
vertretenen Grundsätzen überein-
stimmen.

Wir haben die Initiative begrüßt
und wenig Verständnis für die ne-
gativen Äußerungen aus den Vor-
ständen der LINKEN, der GRÜNEN
und der SPD. Fürchten diese Krei-
se neue Ideen? Gerade angesichts
der aktuellen Debatten zum Fall
des ehemaligen Chefs des Ver-
fassungsschutzes wäre dies sehr
unverständlich. Wenn CDU und
CSU an alten Ritualen festhängen,
dann ist das kaum überraschend.
Es wird ja auch durch den aktuel-
len Stillstand in der Regierung-
spolitik dokumentiert. Auch die Re-
aktionen auf die Vorstandswahl in

der Bundestagsfraktion der CDU/
CSU sind ein Beleg für die Ver-
wirrung in der Regierungsmann-
schaft, wenn man diese Truppe
überhaupt so bezeichnen kann.
Echter Streit ist sicher gut. Aber
Kindergartenniveau ist kaum kre-
ativ.

Wir sind einhellig der Meinung,
dass allein schon durch den Aufruf
„aufstehen“ Bewegung in die Poli-
tik kommen kann, vor allem durch
Initiativen von unten! An der Bun-
destagswahl 2017 haben 24 Pro-
zent der Wähler nicht teilgenom-
men. Die Gründe dafür sind nicht
bekannt. Keine der Parteien hat
diese Nichtwähler erreicht, deren
Meinung ist in keiner Weise reflektiert
worden. Den Nichtwählern
ist es aber auch gleichgültig, was
die Politik veranstaltet und wie sie
sich weiter vollzieht,
Dem merkbaren Rechtsruck in der
Gesellschaft muss entschiedener
entgegengetreten werden.
Ein Weiter so darf es nicht geben,
das gibt kein Ziel! Und da kann
„aufstehen“ hilfreich werden,
wenn es auch mühsam werden
wird.

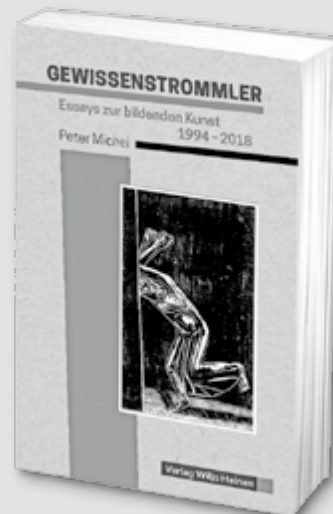
**Die Redaktion der „akzente“ for-
dert alle Leser auf: schreibt uns
eure Meinung zur Bewegung
„aufstehen“! Wir würden auf ih-
ren Seiten gern darüber eine breite
Diskussion führen.**

Peter Michel

Gewissens- trommler

**Essays zur bildenden
Kunst 1994–2018**

270 Seiten, 2018
Verlag Wiljo Heinen
ISBN 978-3-95514-036-6
14,00 Euro



Buch- vorstellung

**Dienstag, 16. Oktober 2018
um 19.00 Uhr in der Laden-
galerie „junge Welt“
Torstraße 6, 10119 Berlin**

Der Arbeitskreis Kultur der GBM lädt ein

Über die KZ-Gedenkstättenarbeit von 1945 bis heute spricht:

Hans Rentmeister

**Mittwoch, 17. Oktober 2018, um 15.00 Uhr im Seminarraum 2
des nd-Gebäudes, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin**

(Vgl. auch „akzente“, Nr. 9/2018, S. 8)

9 Mitglieder

9 Mitglieder überwiesen im September 2018 Spenden an die GBM.
Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:
Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36; BIC BELADEV33XXX
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1 Zeile): Spende

Verwendungszweck (2 Zeile): St.-Nr. 27/666/53250